

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1947**

30 (8.8.1947)

DAS NEUE BADEN

ZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR SÜD- UND MITTELBADEN

Erscheinungstage, Dienstag und Freitag / Monatsbeitrag, Mk 1,60 einschl. Trägerlohn, durch die Post Mk 1,54 / Anzeigen nach Tarif gegen Kennkartenausweis / Anzeigen- und Redaktionschluss Mittwoch und Samstag 16 Uhr

KREISAUSGABE

STADT UND LANDKREIS LAHR

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 5345 / Postcheckkonto, Freiburg i. Br. 4400 Bankkonto: Deutsche Bank, Zweigk. Lahr / Keine Ersatzanspr. bei Störungen durch höh. Gewalt / Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr

NR. 30 / 1. JAHRG.

FREITAG, DEN 8. AUGUST 1947

PREIS 20 PFENNIG

Zwischen DIENSTAG und DONNERSTAG

Deutschland: In den Berliner Askania-Werken fand man größere Mengen von Kriegsmaterial und Präzisionsinstrumente; die amerikanische Militärregierung hat 6 Direktoren verhaftet. — Ein Handelsabkommen zwischen Norwegen und der französischen Zone wurde in Baden-Baden unterzeichnet. — Frankreich: Eine Geheimbesprechung amerikanischer Diplomaten fand in Paris statt. — England: In Liverpool, London und Manchester wurden antijüdische Kundgebungen abgehalten. — Vereinigte Staaten: Ein amerikanischer Bomber mit Metallproben der „Fliegenden Untertassen“ an Bord wird vermisst. — Griechenland: Vier Transporte mit amerikanischem Kriegsmaterial sind nach hier unterwegs. — Italien: De Nicola unterzeichnete das Dekret über die Ratifizierung des italienischen Friedensvertrages. — Jugoslawien: Ein Freundschafts- und Beistandspakt wurde zwischen Jugoslawien und Bulgarien abgeschlossen. — Uruguay: Der Präsident von Uruguay, Berrata, ist gestorben.

Historische Landtagssitzung

Wirtschaftsministerium mit nur geringer Mehrheit der SP zugesprochen

Freiburg. Der Kaufhaussaal in Freiburg, Zeuge wichtigster parlamentarischer Entscheidungen, war am Dienstag erneut Mittelpunkt. Eine stattliche Anzahl von Menschen aller Kreise und Stände erwartete nicht ohne Spannung die Regierungserklärung des Staats- und Ministerpräsidenten.

Nachdem Landtagspräsident Person die Sitzung eröffnet hatte, gab er die Eingänge bekannt: Die Landeshaushaltsrechnung für 1945, den Entwurf eines Landesgesetzes über Zahl und Geschäftsbereich der Minister, zwei Schreiben der Militärregierung betr. Vollmachten der Landesbehörden und ferner zwei Anträge und eine Anfrage der demokratischen Landtagsfraktion (s. Seite 2).

Nach dieser Bekanntgabe wurde dem Ministerpräsidenten Wohleb das Wort zur Regierungserklärung erteilt (s. Seite 2). Der Fraktionsführer der Demokratischen Partei, Dr. Waeldin, brachte anschließend einen Antrag auf Aushändigung eines Durchschlags der Regierungserklärung ein, um diese innerhalb der einzelnen Fraktionen durch-

sprechen zu können, der dann mit Mehrheit angenommen wurde. Unter Stattegebung dieses Antrages wurde die Plenarsitzung auf Mittwoch, 15 Uhr, vertagt.

Die Mittwoch-Sitzung stand im Zeichen der Aussprache über die Regierungserklärung und in Verbindung damit der Regierungsbildung und der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes gemäß Art. 112 der bad. Verfassung. Landtagspräsident Dr. Person gab zunächst die Konstituierung verschiedener Ausschüsse bekannt, über deren Zusammensetzung wir in der nächsten Nummer berichten. Nach Beginn der Abend-sitzung nahmen die einzelnen Parteien Stellung zur Regierungserklärung.

Beginn einer neuen Aera?

G.A. Die am 20. Juli von holländischen Truppen in Indonesien begonnene „Polizeiaktion“ fand ihren Abschluss, nachdem verschiedene Staaten beim Weltfriedensrat wegen des Konfliktes interveniert hatten. Die Kampfhandlungen wurden am Montag, um 24. Uhr, eingestellt.

Man gerät leicht in Versuchung zu fragen, ob es überhaupt zu diesem Krieg, der gewiß nicht mit dem letzten alles verheerenden und unmenschlichen zweiten Weltkrieg zu vergleichen ist, aber eben doch eine militärische Aktion darstellte, kommen mußte. Ob es nicht doch möglich gewesen wäre, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem, diplomatischem Wege zu lösen und zu einer beide Teile befriedigenden Einigung zu kommen. Vergegenwärtigen wir uns die Situation: Das Abkommen von Linggadati vom 15. November 1946 sah die Bildung einer Interimsregierung und die Schaffung einer gemeinsamen Polizeitruppe vor, die bis zur Bildung der Niederländisch-Indonesischen Union am 1. Januar 1949 in Kraft bleiben sollte. In diesem Abkommen wurde von Holland die de facto-Unabhängigkeit der indonesischen Republik anerkannt, die sich aus den Inseln Java, Sumatra und Madura zusammensetzt. Die indonesische Republik sollte mit Borneo und der Inselwelt zwischen Celebes und Neu-Guinea in den Vereinigten Staaten von Indonesien zusammengefaßt werden.

Die Indonesier haben nun in bezug auf die holländischen Forderungen des Abkommens von Linggadati eine Verzögerungstaktik verfolgt und, es muß zugegeben werden, verschiedentlich die Abmachungen verletzt und übertreten. Eine ultimative holländische Note vom 27. Mai, in der von der indonesischen Regierung eine konkrete Stellungnahme zum Durchführungsplan von Linggadati verlangt wurde, verschärfte die Lage wesentlich. Teilweise Zugeständnisse der indonesischen Regierung wurden durch Radioansprachen und Erklärungen indonesischer Persönlichkeiten wieder hinfällig; ein lebhafter Notenwechsel führte zu weiteren Mißverständnissen.

Die holländische Regierung behauptet nun am Ende ihrer Geduld (!) zu sein und entschloß sich zu einer letzten, befristeten ultimativen Note, in der die drei wichtigsten Forderungen noch einmal wiederholt wurden: 1. die Errichtung einer gemeinsamen Polizeitruppe, 2. die Einstellung der indonesischen „Zwischenfälle“ und 3. die Annullierung des kürzlich geschlossenen indonesischen Freundschaftsvertrages mit Ägypten, der dem Linggadati-Abkommen widerspreche. Diese Forderungen wurden nach offiziellen Meldungen von der indonesischen republikanischen Regierung als inakzeptabel erklärt und abgelehnt. Die holländische Regierung gab daraufhin ihrem Generalgouverneur von Indonesien, Dr. van Mook, den Befehl, mit der Durchführung der „Polizeiaktion“ zu beginnen, „um das zu erreichen, wozu die Republik Indonesiens nicht imstande ist“.

In holländischen und europäischen politischen Kreisen löste diese Aktion geteilte Gefühle aus. Obwohl auf der einen Seite eine Lösung des indonesischen Problems, selbst mit militärischen Mitteln für notwendig erachtet wurde, sind auf der anderen Seite die Gefahren, die naturgemäß ein Krieg mit sich bringt, nicht verkannt worden; besonders auch, daß die Dauer einer militärischen Auseinandersetzung niemals vorher abgesehen werden kann. Befürchtet wurde auch vor allem, daß die Indonesier die riesigen Oelfelder auf Java in Brand setzen

Die Demokratische Partei in Opposition

Dr. Waeldin bedauerte eingangs seiner Ausführungen außerordentlich, daß es zwei Monate gedauert hat, bis endlich eine Regierung zustande gekommen ist, und fuhr dann fort: Wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir in der Frage der Regierungsbildung von Anfang an eine klare und eindeutige Haltung einnahmen, und ich darf hierbei auf den letzten Leitartikel in der demokratischen Zeitung „Das Neue Baden“ verweisen, in dem wir unsere Stellungnahme ausführlich begründet haben. Am 18. Mai ist nicht nur der Landtag gewählt worden, sondern auch die Verfassung hat zur Abstimmung gestanden. Das badische Volk hat sich zu 70 Prozent für die Annahme der Verfassung ausgesprochen. Damit war die Forderung in unserem demokratischen Staatswesen klar. Diesem durch das badische Volk dokumentierten Entscheid mußte bei der Regierungsbildung Rechnung getragen werden. Die beiden Linksparteien waren mit den wirtschaftlichen Grundrechten nicht einverstanden und forderten die Wähler zur Ablehnung der Verfassung auf. Man kann wohl sagen, es ging um die Frage: Planwirtschaft oder freie Wirtschaft. Wir waren der Meinung, daß das Ergebnis der Wahl und der Abstimmung bei der Besetzung der Ministerien unbedingt Rechnung getragen werden müsse. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir schon bei den ersten Verhandlungen eindeutig erklärt, daß angesichts dieses Abstimmungsergebnisses das Wirtschaftsministerium nicht in den Händen der SP belassen werden kann. Während die BCSV unsere Auffassung damals hundertprozentig teilte, war die SP anderer Auffassung und begründete diese mit Recht auf Wahrung des Besitzstandes. Dem mußten wir widersprechen. Die Provisorische Regierung wurde vom Gouvernement Militaire ernannt und heute wird die Regierung auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage gebildet. Obwohl das Mehr der Stimmen der SP gegenüber der Demokratischen Partei nur 3,19 Prozent beträgt, haben wir uns nie gegen zwei sozialistische Ministerien gewandt. Wir haben von vornherein im Hinblick auf die große Notlage eine Regierung auf breiter Grundlage gewünscht und uns auch nicht grundsätzlich ablehnend gegen die Mitbeteiligung der KP ausgesprochen, vor allem nicht nach Bekanntwerden der Vorgänge in Rheinland-Pfalz. Aber wir haben immer darauf hingewiesen, daß das Wirtschaftsministerium nur von einer Partei besetzt werden dürfe, die für die Verfassung gestimmt hat, dabei aber ausdrücklich betont, daß wir selbst keinen Anspruch auf die Besetzung dieses Ministeriums erheben. Unser Wunsch war, die Zahl der Ministerien zu verringern. Trotzdem hätten wir der von den Gewerkschaften gewünschten Errichtung eines Sozial- und Arbeitsministeriums zugestimmt, und der SP zugebilligt. Wir haben also von unserer Seite keine Schwierigkeiten gemacht und eigene Interessen zurückgestellt. Uns war darum zu tun, eine Regierung auf breiter Basis zu bilden und den in der Wahl zum Ausdruck gekommenen Volkswillen zur Geltung zu bringen.

Dann kam die Wahl des Staatspräsidenten. Und nun vergleiche man unsere Haltung damals mit derjenigen der SP! Überraschend war für uns der letzte Vor-

schlag des Staatspräsidenten, worin die BCSV ihre frühere Haltung aufgab und nach welchem der SP das Wirtschaftsministerium übertragen werden sollte. Diese Aenderung der Haltung der BCSV der SP gegenüber erscheint uns umso merkwürdiger, als bekanntlich der Staatspräsident außer von der eigenen Partei nicht von der SP, sondern von uns gewählt wurde. Trotzdem hat sie sich dem Druck der SP gefügt. Und das ist gerade das, was in unseren Reihen nicht verstanden wird. Wir erblicken darin einen schlechten Dank für unsere loyale Haltung, die wir bei der Wahl des Staatspräsidenten eingenommen haben.

Nach der Verlesung der Resolution der DP vom 25. Juli fuhr Dr. Waeldin fort: Wir haben in letzter Stunde erneut unter Beweis gestellt, daß unsere Haltung nicht von der Erreichung eines bestimmten Ministeriums diktiert wurde, sondern daß wir im Interesse der schon stark bezweifelten Demokratie der Stimme des Volkes Gehör zu verschaffen suchten. Diese Absicht ist an der Haltung der SP und BCSV gescheitert. Damit beziehen wir Oppositionsstellung.

Dr. Waeldin nahm darauf Stellung zur Regierungserklärung: Wir begrüßen den darin ausgesprochenen Wunsch nach Wiedervereinigung mit Nordbaden. Ohne Nordbaden können wir auf die Dauer nicht leben, deshalb treten wir für eine Angliederung der Verwaltung ein, so z. B. auf dem Gebiet der Domänen und Forsten.

Wir begrüßen ferner alle Bestrebungen, die auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Gouvernement Militaire hincielen. Auch wir erhoffen Zugeständnisse, aber ich glaube, unsere Staatsführung sollte bei aller Anerkennung der vielseitigen Schwierigkeiten in würdiger Form immer wieder darauf hinweisen, daß wir mit heißem Herzen eine Verständigung erstreben, daß diese aber nicht kommen kann, wenn nicht bald

der furchtbare Druck von uns genommen wird, unter dem unser Volk leidet. Ich bedaure, daß sich die Verhältnisse so entwickelt haben, daß wir uns einer weiteren Beteiligung bei der Regierung versagen müssen. Aber wir als Demokraten können da nicht mitmachen, wo man den Volkswillen nicht beachtet. Uns geht es nicht um unsere Partei, sondern um das Ansehen der Demokratie und damit um das Schicksal unseres Landes und deshalb verstehen wir nicht, wie man in der Regierung sagen kann: „Die Bürokratisierung der Wirtschaft war noch immer ein Zeichen der Wirtschaftsnot; sie möglichst bald einzuschränken, ist die Absicht der Regierung.“ Man muß dies in Zweifel ziehen, wenn das Wirtschaftsministerium dem Vertreter einer Partei übertragen wird, die der Ansicht ist, daß die staatliche Planwirtschaft ein Segen sei, und dies in einer Zeit, in der die Steigerung der Produktion die vordringlichste Aufgabe ist.

Wir stehen in Opposition. Eine Demokratie ohne Opposition gerät in Gefahr, Diktatur zu werden. Aber nicht Opposition um jeden Preis! Was wir für richtig halten und was wir vertreten können, wird unsere Zustimmung finden. Was wir aber nicht für richtig halten und was wir nicht mit unserer politischen Überzeugung vereinbaren können, was gegen unser Gewissen geht, wird von uns bekämpft werden. Opposition um der Opposition willen zu betreiben, lehnen wir als undemokratisch ab. Wir werden deshalb sorgfältig darüber wachen, daß unsere Oppositionsstellung nicht von reaktionären Kräften mißbraucht wird. Darüber möge man sich in gewissen Kreisen keinen falschen Hoffnungen hingeben. Wir werden uns auch in Zukunft nur von einem Gedanken leiten lassen, der großen Notlage unseres Volkes zu steuern, dem Wiederaufbau des Landes zu dienen und der Demokratie Achtung und Ansehen zu verschaffen.

Stellungnahme der übrigen Parteien

Darnach sprach Abg. Jäckle (SP) über das Ziel der sozialistischen Wirtschaft. Abg. Eckert (KP) übte Kritik an der Regierungsbildung. Abg. Dr. Hoffmann (BCSV) stimmte in kurzen Ausführungen der Regierungserklärung zu.

Anschließend erklärte der Staatspräsident, daß nach seiner Meinung das Finanzministerium — als weit offenstehende Tür für die DP — nicht durch Fortnahme der Forsten und Domänen ausgehöhlt werden, sondern ein sogenanntes „starkes Ministerium“ bleiben sollte.

Die Anträge

Dann verlas Landtagspräsident Dr. Person die vorliegenden Anträge: Die DP forderte die Angliederung des Statistischen Landesamtes an das Ministerium des Innern sowie die Beibehaltung der Forsten und Domänen im Geschäftsbereich des Finanzministeriums. Die SP beantragte, die Verkehrsverwaltung künftighin statt dem Finanzministerium dem Wirtschaftsministerium anzuordnen.

Bei der darauf folgenden Abstimmung war die Mehrheit für die Beibehaltung der Zahl der Ministerien sowie für Beibehaltung der

Verkehrsverwaltung beim Finanzministerium. Die Forsten und Domänen sollen jedoch laut Abstimmungsergebnis dem Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung, das Statistische Landesamt dem Ministerium des Innern zugewiesen werden. Dem Ministergesetz in seiner Gesamtheit wurde bei 10 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen von der Mehrheit zugestimmt.

Das Abstimmungsergebnis

Die Abstimmung über die einzelnen Minister zeitigte folgende Ergebnisse: Ministerialrat Dr. Schühly (BCSV) 46 Ja-Stimmen, 9 Enthaltungen, 9 Nein-Stimmen; Staatssekretär Dr. Nordmann (SP) 49 Ja-Stimmen, 9 Enthaltungen, keine Nein-Stimmen; Staatssekretär Dr. Leibbrandt (SP) 33 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen, 17 Nein-Stimmen; Bürgermeister Schill (BCSV) 43 Ja-Stimmen, 12 Enthaltungen, 4 Nein-Stimmen.

Nach der Abstimmung über die Regierungserklärung, die bei 12 Enthaltungen von der Mehrheit angenommen wurde, nahm Landtagspräsident Dr. Person die Vereidigung der 4 Minister vor.



und die „Taktik der verbrannten Erde“ anwenden würden und somit, da Indonesien eine der größten Rohstoffkammern der Erde ist, die Weltversorgung gefährdet wäre. Von der Produktion Indonesiens hängt die ausreichende Weltversorgung mit Fett (Kopra und Palmöl), Kautschuk, Tee, Zinn, Zucker und besonders Erdöl ab. Die Ausfuhr Indonesiens stieg innerhalb der letzten vier Jahre von 258 Millionen Gulden auf 940 Millionen.

Aber hatte nun Holland ein Recht, eine „begrenzte Polizeiaktion“ oder, um es mit dem richtigen Wort zu nennen, einen Krieg

Vom Sport in der Heimat

Der Lahrer Sportbezirkstag 1947

An der traditionsreichen Stätte des Lahrer Fußballsports — im Saale der Restauration „zur Dammenmühle“ — wurde nach jahrelanger Pause zum ersten Male wieder eine Tagung der Sportler unserer engeren Heimat abgehalten...

Im Handball waren es insgesamt 100 Vereine. Der Aufschwung, der in beiden Sportarten zu verzeichnen ist, kommt am besten in der Zahl der ausgetragenen 22.000 Spielerpässe zum Ausdruck.

Sportarten am 14. September einheitlich in allen Klassen ihren Anfang. Im Hinblick auf die besonders gelagerten geographischen Verhältnisse innerhalb der vier Kreise...

Die Wahlen der Bezirksfachausschüsse zeigten folgende Ergebnisse: Bezirksobmann Fußball: Franz Vögtle-Lahr, Schiedsrichter-Obmann: Müller-Lahr, Leiter der Bezirksliga: Pfarrer Keller-Grafenhausen...

Das entscheidende Spiel in Lahr

Wer steigt in die Landesliga auf: Gutach oder Zell a. H.?

Nachdem mit den Vereinen Achern, Zell a. H. und Gutach im Elztal die Meister der Bezirke Baden-Baden, Offenburg und Freiburg feststanden, mußte in einer Runde, in der jeder gegen jeden spielte, die Mannschaft ermittelt werden...

Wie sind die Aussichten der beiden Partner? Gutach oder Zell? Überlassen wir es dem Spiel. Soviel sei gesagt: Die Zeller haben am letzten Juli Sonntag mehrere gute Einzelspieler ins Feld gestellt...

Gegner der Blauweissen ist. Der Beginn dieses entscheidenden Spiels ist auf nachmittags 15 Uhr festgesetzt.

Emmendingen auf dem fünften Platz

Zwischen dem ASV. Freiburg und dem Sportverein Emmendingen war — da beide punktgleich waren — ein Ausscheidungsspiel notwendig. Das in Waldkirch zur Austragung gelangte und mit einem glücklich errungenen 3:2-Sieg des Sportvereins Emmendingen endete...

Blauweiß Freiburg in Friesenheim

Am 19. August eröffnet der Sportklub Friesenheim das neue Spieljahr. Er hat hierfür den seitherigen Oberligaveren Blauweiß Freiburg gewinnen können.

Aus dem Parteileben

Lahr. Am Sonntag, 10. Aug., 14.30 Uhr, findet im Gasthaus „zum Falken“ in Lahr eine Kreisversammlung der Demokratischen Partei des Kreises Lahr statt.

Verantwortlich für die Redaktion: I. V. Karl Fr. Acker, Anschrift der Redaktion: Lahr/Schw. Postfach 27, Telefon 2365

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

- Öffentliche Erinnerung: Wir erinnern hierdurch an die Zahlung folgender Steuern, die zu den angegebenen Zeitpunkten fällig sind: Am 11. August 1947: 1. Lohnsteuer der Monatszahler für den Monat Juli...

- 7. Abschlusszahlungen auf die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer 1945; fällig nach Angabe im Steuerbescheid. Bei der Zahlung ist die Steuernummer anzugeben. Eine Einzelmeldung der oben angeführten Steuern erfolgt nicht mehr...

Das seit einiger Zeit eingeführte Gutscheinsystem erfreut sich solcher Beliebtheit, daß dasselbe immer weiter ausgebaut wird. Für die in der Schweiz auf Postcheckkonto VI 2881 einbezahlten Beträge erhalten die Bescheinigten Gutscheine...

Die Indische Regierung wünscht Sanskrit-Bücher und Manuskripte käuflich zu erwerben. Öffentliche oder private Bibliotheken, die besitzenden, Sanskrit-Bücher und Manuskripte von historischem Wert zu verkaufen, mögen sich unter Angabe von Titel und Verkaufspreis...

Unerwartet rasch verschied unsere gute Pflegermutter und Oma **Mina Frenk geb. Vogel** am 23. Juli 1947 im Alter von 59 Jahren.

Nach langem Warten erhielten wir die Nachricht, daß mein lieber, unvergesslicher Mann, unser herzenguter, treusorgender Vater, lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel **Max Huber** am 20. August 1945 in französischer Gefangenschaft in Belfort im Alter von 49 Jahren gestorben ist.

All denen, die unsere liebe Dahingeschiedene **Marie Schmidt** auf ihrem letzten Wege begleiteten und für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme und die schönen Blumenspenden sowie die lieben Besuche während der Krankheit sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Allen, die uns beim Heimgang unseres lieben Verstorbenen herzliche Anteilnahme erwiesen haben, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

Für die uns zur Geburt unseres Werner so zahlreich zugegangenen Glückwünsche u. Aufmerksamkeiten danken wir recht herzlich. **Hans Nagel und Frau Maria geb. Himmelsbach.**

OFFENE STELLEN Franz. Dienststelle in Baden-Baden sucht Rechnungsführer. Französisch nicht unbedingt notwendig. Materielle Vorteile, Angebote mit Referenzen u. Lebenslauf an Martin, Baden-Baden, Lenuweg 1-3. (1953)

STELLENGESUCHE Staatl. gepr. zuverlässige Säuglingspflegerin mit besten Zeugnissen sucht passende Stelle. Angeb. unter Nr. 1948 M an „Das Neue Baden“, Lahr.

GESCHÄFTLICHES Neu- und Umbauten. Anfertigung von Bauvorlagen, Berechnungen sowie Materialbeschaffung übernimmt Ingenieurbüro. Anfragen unter Nr. 1948 V an „Das Neue Baden“, Lahr.

VERLOREN 1 Artoschbach verloren zwischen Wertesbach u. Lotzbach. Der Herr, der es gefunden hat, gebeten, denselben auf der Polizeiwache in Lahr abzugeben. (1955)

AN- UND VERKAUFE Kompl. Holzgasanlage mit allem Zubehör, Marke „Wacker“, Gesamtgewicht 70 kg, neuwertig, abzugeben. Angeb. unter Nr. 1898 G an „Das Neue Baden“, Lahr.

TAUSCHGESUCHE 4 Lastwagenreifen, 12,00+24 mit Schlauch u. Felgen, 10 Loch, gegen Lastwagenreifen 9,75+20 od. 10,50+20 zu tauschen. Ang. unter Nr. P 1960 an „Das Neue Baden“, Lahr.

VERANSTALTUNGEN Sportfreunde Lahr! Ordentl. Generalversammlung am Samstag, den 6. September 1947 im Gasthaus „zum Falken“ in Lahr. Beginn 20 Uhr. Anträge sind bis 22. Aug. 1947 bei der Geschäftsstelle Metzgerstr. 3, einzureichen. (1970)

TIERMARKT Schlachttub geboten. Nutz- u. Zuchtuh ges. Schuttern, Haus Nr. 193. (1969)

SUCHDIENST Achtung! Feldpost Nr. 23 532 D! Wer war dabei, oder hatte dort Angehörige? Wem ist der Aufenthalt von Oblt. Jagenow bekannt? Um Mitteilung bittet Frau Hedwig Hüblin, Alpirsbach (Schw.). Sanatorium Krähnbach. (1946)

Lilo's Märchenbühne BADEN-BADEN gastiert am Samstag, den 9. August, 15.30 und 16.30 Uhr in dem **SCHWARZWALD-LICHTSPIELEN** mit dem bekannten Märchen **„Aschenputtel“** in 3 Aufzügen von Gebrüder Grimm. Karten im Vorverkauf in den Schwarzwald-Lichtspieltheatern in Lahr.

WOHNUNGEN Zimmer, möbl., zu vermieten. Zuschr. unt. Nr. 1927 R an „Das Neue Baden“, Lahr.

Suche dringend 1-2 leere Wohnräume in Lahr oder Dillingen Biete demjenigen, der mir die gewünschten Räume zur Verfügung stellt, ein beliebiges Möbelstück. Auch gebe ich jährlich von meinem Obstgarten einen Teil ab. Verpachte, wenn gewünscht, 2-4 Ar Land in Lahr. Zuschr. unt. Nr. 1950 E an „Das Neue Baden“, Lahr.

Suche Akkordeon geg. Tausch nach Vereinbarung. Angeb. unter Nr. 1928 W an „Das Neue Baden“, Lahr.

Suche Akkordeon geg. Tausch nach Vereinbarung. Angeb. unter Nr. 1928 W an „Das Neue Baden“, Lahr.

Suche Akkordeon geg. Tausch nach Vereinbarung. Angeb. unter Nr. 1928 W an „Das Neue Baden“, Lahr.